

Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer

# Trotz schwieriger Situation: Da werden wir durchkommen ...

Über seine Wahl zum neuen „Chef“ der oberösterreichischen Gemeinden hat KOMMUNAL berichtet, bei den Kommunalen Sommergesprächen fand sich die Gelegenheit, mit Johann Hingsamer zu plaudern. Für KOMMUNAL fragte Hans Braun.

**KOMMUNAL:** Sie sind seit rund drei Monaten neu im Amt als Präsident des oberösterreichischen Gemeindebundes. Wie geht es Ihnen dabei?

**Johann Hingsamer:** Es geht sehr gut, es gibt viel zu tun in Oberösterreich. Wir arbeiten an einer Verwaltungsreform, wo wir als Gemeindebund auch aktiv sehr viel einbringen wollen. Die Fragen der finanziellen Gegebenheiten der Gemeinden mit der Finanzierung der sozialen Bereiche und des Gesundheitswesens fordern uns ebenfalls sehr stark.

**Bei einer österreichweiten Aufstellung der Abgangsgemeinden hat Oberösterreich die Spitzenposition eingenommen. Wie erklären Sie sich das?**

Ja, wir haben von 444 Gemeinden 307 Abgangsgemeinden. Das kommt in erster Linie daher, dass wir im Sozialbereich zum einen höhere Standards haben und zum anderen die Gemeinden mehr leisten als in anderen Bundesländern. Dazu gehört die offene Sozialhilfe, die Mindestsicherung und die Sozialhilfe in Pflegeanstalten und -heimen, welche in Oberösterreich zur Gänze von den Gemeinden getragen werden. Das überfordert uns zurzeit. Wir haben ein sehr engagiertes Chancengleichheitsgesetz, wo auch die Behindertenhilfe in der Gänze geregelt ist. Das Land tut sehr viel im Bereich der Chancengleichheit, wir zahlen dort 40 Prozent mit, so ist der Schlüssel. Das hört

Dazu gehört (unter anderem) die Mindestsicherung und die Sozialhilfe in Pflegeanstalten und -heimen, welche in Oberösterreich zur Gänze von Gemeinden getragen werden.

... über die Gründe, warum Oberösterreich so viele Abgangsgemeinden hat

sich vielleicht günstig an, aber dadurch, dass dort sehr viel passiert, zahlen wir auch sehr viel ein. Im österreichweiten Vergleich zahlen die oberösterreichischen Gemeinden deutlich mehr, als das in anderen Bundesländern der Fall ist, das ist der Hauptgrund der hohen Zahl an Abgangsgemeinden.

**Wie sieht das aus mit der Diskussion über Gemeindezusammenlegungen, da gehen in Oberösterreich zeitweise die Wogen hoch. Gibt es da schon einen gemeinsamen Nenner?**

Diese Diskussion wurde auch immer wieder medial angeheizt. Es ist so, dass der Präsident der Industriellenvereinigung von Oberösterreich, DI Klaus Pöttinger, dazu öffentlich Stellung genommen hat. Die offene Antwort dazu von mir baut auf der etwas genaueren Betrachtung des österreichischen Gemeindefinanzberichtes. Der stellte fest, dass die kleinen Gemeinden kostengünstiger wirtschaften als die großen. Die Gemeinden unter 10.000 Einwohner liegen in etwa bei 245 Euro pro Person für politische Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. So wirtschaften diese Gemeinden

im Durchschnitt sparsamer als die größeren. Sie sind auch ein bisschen dazu verdammt, weil sie durch den Finanzausgleich weniger bekommen und automatisch sparsamer wirtschaften müssen. Wenn ich mir die Gemeinden über 20.000 Einwohner anschau, dann liegen dort die Pro-Kopf-Ausgaben bei über 433 Euro für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Das zeigt deutlich, dass kleine Gemeinden wesentlich günstiger wirtschaften. Wir führen aber eine intensive Diskussion über Kooperationsmodelle und Verwaltungsgemeinschaften der Gemeinden. Das betrifft die Bauhöfe, die Standesamtsverbände oder die Bauamtsverwaltungen, aber dabei sind wir erst am Anfang. Dazu gibt es auch schon sehr positive Beispiele. Vorreiter-Gemeinden werden auch dabei unterstützt. Am Beispiel Bayern können wir sehen, dass Zusammenlegungen auch zu schwierigen Mehrheitsfindungen im Gemeinderat geführt haben. Dort haben in der Folge immer mehr Ortschaftslisten für den Gemeinderat kandidiert. Für eine Umsetzung von Projekten fehlen dort immer öfter klare Mehrheiten.

**Gab es in Oberösterreich nicht in den 70er-Jahren bereits größere Gemeindezusammenlegungen?**

Es hat 1974 eine größere Diskussion über Zusammenlegungen gegeben, dazu wurden bereits Pläne erstellt, wie die Großgemeinden dann aussehen sehen sollten ...

Wir wollen heute nichts ausschließen, doch die Zahlen müssen stimmen, und da zeigt uns der Gemeindefinanzbericht deutlich, wohin überschnelle Zusammenführungen führen würden. Durch Kooperationen kann das Bürgerservice bereits



„In Wirklichkeit leistet der Bund nur einen Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Menschen, die eine Mindestsicherung beziehen. Alles andere zahlen in Oberösterreich die Gemeinden oder sonst zumindest Länder und Gemeinden.“ Johann Hingsamer im Gespräch mit dem Autor über die Problematik bei der Mindestsicherung.

enorm gesteigert werden. Das tragen wir mit. Viele Zusammenlegungsargumente sind meiner Ansicht nach aber zu emotional und ideologisch geprägt. Die Gemeinden mischen sich nicht in die Industrie ein, und umgekehrt soll es auch nicht anders sein. Sonst könnte ich auch emotional erwähnen, dass durch Veränderungen bei der Körperschaftssteuer diese im letzten Jahr um 35,5 Prozent eingebrochen ist, was für die Gebietskörperschaften vergangenes Jahr in Summe ein Minus von 2,1 Milliarden Euro bedeutet hat. Heuer setzt sich dieser Trend abgeschwächt fort, das betrifft vor allem die Kommunen. Es war die Steuer, die am stärksten rückläufig war. Diesen Einbruch und die Einführung der Gruppenbesteuerung spüren die Gemeinden sehr stark.

#### Allgemein zur Krise: Haben Sie eine kurzfristige Prognose für uns?

Wenn wir nicht bereit sind, den Gemeinden bei der Gesundheits- und Sozialfinanzierung zu helfen, werden wir die Krise noch lange nicht durchgetaucht haben. Selbst wenn sich die Steuerertragsanteile wieder im normalen Ausmaß, so wie 2008, bewegen, mit dem allein werden wir als Gemeinden nicht so schnell aus der Krise kommen. Die Sozial- und Gesundheitsfinanzierung überfordert uns. Als Christoph Leitl 1994 die damals neue Form der Spitalsfinanzierung vorstellte, haben Länder und Gemeinden 29 Prozent dabei getragen, den Rest übernahm

men die privaten Krankenversicherungen, der Bund und die Krankenversicherungsträger. Heute zahlen Länder und Gemeinden 42 Prozent in den Topf für die Spitäler. Die Kosten sind nicht nur wegen der Steigerung der Qualität enorm gestiegen. Dadurch, dass sich der Bund und die Krankenversicherungen bei den Kosten gedeckelt haben, gab es eine Verschiebung auf Kosten der Gemeinden und Länder. So kann und darf das nicht weiter gehen. Das verkraften die Gemeinden einfach nicht mehr.

Selbst wenn sich die Steuerertragsanteile wieder im normalen Ausmaß bewegen, mit dem allein werden die Gemeinden nicht so schnell aus der Krise kommen. Die Sozial- und Gesundheitsfinanzierung überfordert uns.

... über einen Weg aus der Finanzkrise.

#### Die Länder und Gemeinden haben aber in Österreich eine große Macht, kann man da nicht „Einspruch“ erheben?

Ich würde mir das wünschen, doch der Bund hat die Gesetzgebung in der Hand. Im Finanzausgleich müssen Länder, Städte und Gemeinden einen gemeinsamen Standpunkt verfolgen, dann tun wir uns sicher etwas leichter. Es ist so, dass der Bund von der Mindestsicherung spricht, doch die Leistungen dazu kommen Großteils von uns. In Wirklichkeit leistet der Bund nur einen Dienstgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Men-

schen, die eine Mindestsicherung beziehen. Alles andere zahlen in Oberösterreich die Gemeinden oder sonst zumindest Länder und Gemeinden. Da stehen wir schlechter da als andere Bundesländer. Ungewiss ist noch dazu, wie sich die Mindestsicherung entwickeln wird. Es werden sicher mehr Menschen darauf zurückgreifen. Das macht den Gemeinden wirklich Sorgen.

#### Wie lange sind Sie schon politisch tätig?

Ich bin seit 1991 Bürgermeister in Eggerding und seit 1997 im oberösterreichischen Landtag. Seit 2002 habe ich das Amt des Vizepräsident im Oberösterreichischen Gemeindebund inne und jetzt seit Ende Mai auch den Vorsitz als Präsident.

#### Wie läuft es in Ihrer Gemeinde Eggerding?

Wir sind eine kleine Gemeinde mit 1300 Einwohnern, es geht gut, ich bemühe mich. Ich muss aber alles tun, damit ich auch die Zeit für alle meine Funktionen finde. Mir ist wichtig, dass ich auch in Eggerding präsent bin, ohne Unterstützung der Familie ginge das nicht. Die Freizeit ist sehr wenig, und somit ist eine umfangreiche Zusammenarbeit wirklich wichtig. Politik muss Spaß machen, das ist die Hauptsache.

#### Wie motiviert man eigentlich einen Bürgermeisterkandidaten?

Das Bürgermeisteramt ist die politische Tätigkeit, wo man am meisten sichtbar gestalten kann. In keiner anderen politischen Funktion, sei es im Landtag oder im Bundesrat, Nationalrat kann man politisch derart viel umsetzen. Das ist auch das, was Spaß macht, auch wenn die Situation derzeit sehr schwierig ist. Aber da werden wir durchkommen.

Auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) finden Sie das vollständige Interview mit Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Hans Hingsamer zum Nachlesen. Erfahren Sie unter anderem, was er zur Diskussion über die Grundsteuer und über die Bedeutung von Sommergesprächen oder Gemeindetagen sagt.